Lugano, 10. Juli. Der Secolo nennt den Rücktritt Kühlmanns einen Sieg der alldeutschen Kriegspolitik. — Der Corriere della Sera meint, das Ereignis werde bedeutende parlamentarische Folgen zeitigen. Kühlmanns Vorladung vor den Kaiser und die führenden Generale im Hauptquartier sei ein schlechtes Vorzeichen gewesen. Die Sozialisten könnten, wenn sie ihr politisches Ansehen und ihren Einfluß nicht ganz verlieren wollten, den Triumph der alldeutschen Kriegspolitik nicht schweigend hinnehmen.

20000 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings vier bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 B.-R.-T. versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Amerika und die sibirische Frage.

Die Agentur Havas brachte aus Paris folgende, etwas geheimnisvolle Mitteilung: Die Zeitungen erfahren aus Washington, daß die Frage einer Intervention in Sibirien wieder aufgenommen ist, trotz der vom Präsidenten Wilson beachteten Zurückhaltung. Die Intervention kann angesichts des Konfliktes zwischen den Bolschewiki und Tschecho-Slowaken nicht mehr lange hinausgezogen werden. Die Lage hat ihr Antlitz geändert, nachdem der Präsident erklärt hat, daß er bereit sei, den Tschecho-Slowaken Hilfe zu leihen. Es besteht noch die militärische Frage, insbesondere verhalten sich die Militärbehörden gegen die Idee einer Landung amerikanischer Soldaten anderswo als in Frankreich und Deutschland noch ablehnend, und dieser Widerstand muß bekämpft werden. Immerhin scheint es sicher, daß die Vereinigten Staaten sich den Entscheidungen der Ententekonferenz in Versailles zugesellen werden.

Nach Meldungen des Avanti fand in Neuyork eine Volksversammlung von 15 000 Menschen statt, um gegen eine Intervention Amerikas in Rußland Stellung zu nehmen.

Moskauer Blättern zufolge hat sich der General Alexejew nach großen Schwierigkeiten mit seinen Truppen bis nach Omsk durchgeschlagen. Man bereitete ihm dort große Ovationen und ernannte ihn an Stelle des Obersten Iwanow zum Heeresführer der Armee. Iwanow wird Leiter des tschecho-slowakischen Quartiers. Admiral Koltschak ist nach Charbin wieder abgereist, wo die frühere Regierung gänzlich wieder aufgelöst wird.

Die Moskauer Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Wologda erwartet. Am 6. Juli hat hier eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der Militärabteilungen der Sowjets stattgefunden. Der oberste Kriegssowjet wird nach Murom übersiedeln. Die Reise nach Smolensk, Kaluga, nach Archangel und dem Gouvernement Pskow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten. Trotzki soll auf dem allrussischen Kongreß der Sowjets erklärt haben, er habe Nachrichten, daß an der Front die Einigkeit der Sowjettruppen durch englisch-französische Treibereien gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feinde übergegangen. Der Kriegszustand wurde über die Murmanküste und die Bahn bis Swanka erklärt.

Die Zarenmord-Gerüchte.

Kopenhagen, 11. Juli. Berlingske Tidende meldet aus Stockholm: Ein schwedischer Geschäftsmann, der dieser Tage aus Perm zurückgekehrt ist, teilte mit, daß der Zar noch am Leben sei und daß das Gerücht von seiner Ermordung wahrscheinlich dadurch entstanden sei, daß eine Bombe gegen das Haus des Zaren geworfen wurde. Er selbst sei unverletzt geblieben, doch soll sein Sohn getötet worden sein.

Das Votum des Sowjetkongresses.

Moskau, den 9. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongreß von der Mehrheit mit über zwei Drittel die Zufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gebracht wurde. Die linksrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Novorossijsk nach Moskau gekommene Abteilung Matrosen von 1000 Mann, die sich geweigert hatten, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sebastopol zu führen, und anstatt dessen diese Schiffe bei Novorossijsk versenkt hatten, einen Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters durch die Mitglieder der linkssozialrevolutionären Partei Anarejew und Blumlin diente. Bewaffnete Abteilungen der linkssozialistischen Partei besetzten plötzlich die Post und den Telegraphen und verhafteten den Vorsitzenden der Moskauer Sowjets Smidowitsch, den Vertreter des Volkskommissars des Innern Latis und den Vorsitzenden der Kommission des Kampfes mit den Gegenrevolutionären, Dserschinski. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. und 7. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung der Sowjets von ganz Rußland. Der Aufstand wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet.

Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz Stutschka errichtet worden. Die Kommission legt klar dar, daß die linkssozialrevolutionäre Partei, die nur während der Dauer von zwei Stunden den Telegraphen in den Händen gehabt hatte, auf telegraphischem Wege noch in Petrograd und Tula einen Aufstand hervorzurufen versuchte und wundersame Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die imstande waren, das Volksgemüt aufzuwühlen. Auf dem Kongreß der Sowjets war die Aufstandspartei in der Minderheit vertreten, jedoch wäre die Sowjetregierung zweifellos gestürzt worden, falls es der Aufstandspartei möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Hertling und die Parteien.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute vormittag zunächst die Besprechungen über die Landgesellschaft „Westmark" fort. Pünktlich um 11¼ Uhr war sodann Reichskanzler Graf v. Hertling im Saale erschienen, in dem außer zahlreichen Zuhörern die Mehrzahl der Staatssekretäre usw. versammelt war.

Um 11¼ Uhr stellt der Vorsitzende Abg. Ebert den

Entwurf über den 15-Milliarden-Kredit

zur Beratung.

Einleitend erklärt

Vizekanzler v. Payer:

der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deswegen wünsche er, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erkläre, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungserörterung stimmt der Hauptausschuß einem Vorschlag Erzbergers zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden vom Regierungstisch von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen.

Reichskanzler Graf v. Hertling

führt aus:

Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an Grundsatz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. Meine Herren! An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede vom 29. November vorigen Jahres vor dem Plenum des Reichstages festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkt sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik halte ich meinerseits vollkommen fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern.

Meine Herren, bezüglich der

inneren Politik

habe ich die damals gegebene Zusage, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen eingelöst, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen. Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort beseelt hat, beseelt auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden ein Freigeleit geben darf zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges.

Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren, Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Zornesröte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich unausgesetzt auf diese Weise beschimpfen lassen, und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes, daß überall der ernste Wille besteht:

wir müssen durchhalten, und wir werden durchhalten

im Vertrauen auf unsre Truppen, im Vertrauen auf unsre Heeresführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.

Also in der Richtung der Politik hat sich nichts geändert, denn, meine Herren, auch das muß ich sofort sagen: Wenn sich nun trotz dieser feindlichen Aeußerungen einiger Staatsmänner irgendwo

ernsthafte Regungen für die Anbahnung eines Friedens

oder auch nur der erste Schritt zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß uns nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, daß dieser oder jener Agent kommt und uns sagt: Ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen, sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte uns — ausdrücklich autorisiert von ihren Regierungen — zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich im kleinen Kreise. Aber die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet.

Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, dann werden wir sofort darauf eingehen, das heißt, wir werden sie nicht zurückstoßen. Wir werden zunächst im kleinen Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß

dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird,

denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernsthafter Friedenswille sich auf der andern Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgelegt wurden.

Zunächst bezüglich des Ostens.

Meine Herren! Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der deutschen Reichsleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unsrer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich unsicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben, aber, meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen der jetzigen russischen Regierung durchaus keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verwicklungen, unaufhörlich Reibungen in den Grenzgebieten, unaufhörlich Uebergriffe dieser oder jener kleinen Grenztruppen. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentats, das an unserm Gesandten dort verübt worden ist — einer völkerrechtswidrigen Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die russischen Tat auf Anregung des Verbandes geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln, ein Zustand, den wir auf das eifrigste vermeiden wollen.

Wir wollen keinen neuen Krieg mit Rußland.

Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgenehmen Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß jetzt verschiedene Arten politischer Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchistische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten Rechtssozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: Wir stehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung verhandeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, daß wir aber unsre Ohren und unsre Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwälzung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen und überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Worischeloff gesprochen hat: „Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub." Wir lassen uns mit gar keiner politischen Gegenströmung ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung in Rußland geht. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, und das ist auch der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist.

Ich kann sagen, daß Herr v. Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war — das Auswärtige Amt war vertreten durch den Ihnen wohlbekannten Herrn v. Rosenberg, der ja der Gefährte und die sachverständige Stütze des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk und Bukarest gewesen ist — mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen ist, und daß die Oberste Heeresleitung diesem Standpunkt ebenso vollkommen beigetreten ist. Ueber Einzelheiten kann im Einzelfalle da oder dort eine Meinungsverschiedenheit auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich Ihnen eben gezeichnet habe.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zu dem

Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil, unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne.

Der Reichskanzler fuhr dann fort: Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr v. Hintze ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege auf der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht, und er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber, meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meine Gegenzeichnung oder Unterschrift zu der Ernennung des Herrn v. Hintze nur dann gebe, wenn Herr v. Hintze meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn v. Hintze — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft. Ich mache die Politik: der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat lediglich meine Politik zu führen. Davon ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstags im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt werden.

Abg. Gröber (Z.):

Die Darlegungen des Kanzlers waren beruhigend nach den Aufregungen der letzten Tage. Wenn ein so tüchtiger Diplomat wie Herr v. Kühlmann plötzlich aus seinem Amte ausscheidet, dann muß das Aufsehen erregen. Die Stellung Kühlmanns war nach seiner vieldeutigen Rede vom 24. Juni unhaltbar geworden. In einer Kriegslage wie jetzt muß man von einem Staatsmann verlangen, daß er sich mit einer Klarheit ausdrückt, die ein Mißverständnis nicht leicht aufkommen läßt. War schon seine erste Rede verhängnisvoll, so hat die zweite dem Faß geradezu den Boden ausgeschlagen. Den Wechsel in diesem wichtigen Amt muß man bedauern, schon weil der Eindruck im Ausland natürlich kein günstiger sein kann. Aber von einer Unfähigkeit Kühlmanns darf man nicht sprechen, denn er hat sich ohne Zweifel durch die von ihm herbeigeführten Friedensschlüsse gewaltige Verdienste um das deutsche Volk erworben. Nach den Darlegungen des Kanzlers sind

die Zweifel zerstreut,

die aufgetreten waren. Wir begrüßen, daß der Kanzler an den Richtlinien festhält, auf Grund deren er sein Amt übernommen hat. Der Reichskanzler hat ein Recht, zu verlangen, daß ihm gefolgt wird. Es sind seit seinem Amtsantritt Fortschritte erreicht worden. Die Frage des Koalitionsrechts ist gelöst, der § 153 ist aufgehoben. Die Wahlvorlage in Preußen wurde eingebracht, an den Hindernissen ist der Kanzler nicht schuld. Wenn nicht sofort die Auflösung kam, dann ist das zu verstehen, die Regierung muß erst die vorhandenen Mittel erschöpfen, ehe sie zu diesem Schritt greifen kann. Das Ziel wird aber erreicht werden. Das Arbeitskammergesetz ist gekommen, man wird auch einen Ausgleich finden. Erfreulich ist es, daß der Kanzler sagte, wir sind jeden Augenblick zum Frieden bereit. Das ist es, was notwendig ist.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß diese wichtige Debatte jetzt so kurz vor Torschluß noch geführt werden muß. Es ist allerdings auch nicht nötig, daß wir schon bis diese Tage auseinandergehen, jedenfalls sind wir bereit, noch weiter zu sitzen. Das Ausscheiden des Staatssekretärs von Kühlmann in diesem Moment muß allenthalben den denkbar schlechtesten Eindruck machen. In weiten Kreisen galt sein Ausscheiden als ein Sieg der Eroberungspolitiker, denen er unbequem war. Mit einer geradezu auffälligen Schnelligkeit hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sofort versichert: es bleibt alles beim alten. Angesichts dieser Versicherung mußte man sich fragen: Weshalb dann der Wechsel? Uns kommt es natürlich nicht auf die Person des Herrn von Kühlmann an, sondern lediglich auf die Sache. Seine Rede vom 24. Juni enthält nichts Ueberraschendes. Was ihm übel genommen wird, ist ein Zitat, und dieses Zitat stammt von Moltke. Kurz nachdem diese Rede in den Berliner Zeitungen gestanden war, platzten auch bereits

die Handgranaten der Obersten Heeresleitung

in der Konferenz der Pressevertreter. Der Presse wurde direkt verboten, die einzig mögliche Schlußfolgerung aus der Sache zu ziehen. Kühlmann hätte besser getan, wenn er in seiner zweiten Rede zum kräftigen Gegenstoß gegen seine Widersacher ausgeholt hätte. Statt dessen stehen wir zwei Wochen später vor einer politischen Leiche. Die erste Rede Kühlmanns hat nur auf jene Kreise schlecht gewirkt, die sich in eine wahre Eroberungssucht verrannt haben. Hat denn auch etwas bist Herr von Kühlmann zweideutig geredet, haben das andre nicht auch gemacht? (Abg. Dr. David: Die Anwesenden ausgenommen!) Sie stehen aber fast alle heute noch an ihrem Platz

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180712/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG